



# HESSISCHER LANDTAG

17. 02. 2021

WKA

## Dringlicher Berichts Antrag

**Dr. Frank Grobe (AfD), Heiko Scholz (AfD), Dimitri Schulz (AfD),  
Volker Richter (AfD), Dirk Gaw (AfD) und Klaus Herrmann (AfD)**

### **Freischuss-Regelung für hessische Studenten**

Am 12. Februar 2021 teilte Wissenschaftsministerin Angela Dorn per Pressemitteilung mit, dass mehrere Maßnahmen zur Entlastung hessischer Studenten in der Corona-Pandemie im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassen wurden. Unter anderem werden der sogenannte „Freischuss“ sowie Zusatz-Semester aufgezählt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgende Gegenstand zu berichten:

1. Wurde die Rechtsverordnung von hausinternen oder externen Juristen vorab geprüft?
  - a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
  - b) Wenn nein, wieso nicht?
2. Auf welcher rechtlichen Grundlage basiert der Erlass der oben genannten Rechtsverordnung?
3. Sieht die Landesregierung bei einem derartigen Eingriff in Prüfungsregelungen der einzelnen Hochschulen die Hochschulautonomie weiterhin als gewährleistet an?
  - a) Wenn ja, bitte begründen.
  - b) Wenn nein, wieso wurde die Rechtsverordnung wider besseres Wissen dennoch erlassen?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Möglichkeit zur Einlegung von rechtlichen Mitteln durch beispielsweise Studenten aufgrund der Rechtsverordnung oder der Pressemitteilung vom 12. Februar 2021 ein?
5. Gab es vor dem Erlass der Rechtsverordnung Gespräche oder Beratungen mit anderen Stellen oder Personen außerhalb der hessischen Universitäts- und Hochschulleitungen?
  - a) Wenn ja, mit wem und mit welchen Ergebnissen?
    - aa) Wurden seitens der Hochschulen Bedenken geäußert und wenn ja, aus welchen stichhaltigen Gründen wurde die Verordnung dennoch erlassen?
    - ab) Wie sahen die Bedenken konkret aus, die in der Verordnung berücksichtigt wurden.
  - b) Wenn nein, wieso nicht?
6. Wurden die Hochschullehrer vor Veröffentlichung der Pressemitteilung vom 12. Februar 2021 über die Rechtsverordnung informiert?
7. Sieht die Landesregierung aufgrund der nun getroffenen „Freischuss“-Verordnung den Gleichbehandlungsgrundsatz zwischen Studenten des Sommer-Semesters 2020 und des Winter-Semesters 2020/21 tangiert?

Wiesbaden, 17. Februar 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**

**Heiko Scholz  
Dimitri Schulz  
Volker Richter  
Dirk Gaw  
Klaus Herrmann**